

SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

Hannover, 18. Februar 1947
Tel. 20951

Sehr geehrter Herr Kollege,

wenn Sie den Ihnen regelmässig wöchentlich zweimal zugehenden politischen Teil des "Sozialdemokratischen Pressedienstes" verfolgen, so werden Sie festgestellt haben, dass wir besonders zahlreich Beiträge aus dem Ausland veröffentlichen, wir möchten Sie darauf aufmerksam machen, dass es sich hierbei wie bei allen unseren Beiträgen an Originalarbeiten handelt. Wir haben - soweit wir sehen können als bisher einzige deutsche Korrespondenz - eigene Auslandskorrespondenten, die uns regelmässig bedienen und deren Beiträge wir Ihnen stets sofort nach Eingang zugänglich machen. Es sind bisher folgende Plätze von uns besetzt worden:

London, New York, Washington, Paris, Stockholm,
Amsterdam, Zürich, Sofia.

Bemühungen um eine Ausdehnung des Netzes der Auslandskorrespondenten sind selbstverständlich und werden voraussichtlich in Kürze zur Besetzung der Plätze Wien, Rom und Lissabon führen. Wir werden jede Chance nutzen, um uns ein zuverlässiges, sorgfältig erarbeitetes eigenes Bild der Lage in aller Welt zu verschaffen und werden es der Presse zur Verfügung stellen. Sie wissen wie wir, wie schwierig und vor allem zeitraubend heute noch die Verbindungen mit dem Ausland sind. Wir tun was irgend möglich ist, um sie zu verbessern und enger zu gestalten. Dabei hoffen wir auf Ihre Hilfe, indem Sie uns Ihre Wünsche und Anregungen wissen lassen.

Hochachtungsvoll!
Sozialdemokratischer Pressedienst
Redaktion

SPD

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 63

Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

p/II/15

Hannover, 18. Februar 1947

Frankreichs Misstrauen

P. 3. Es mehren sich die Äußerungen aus Frankreich, die eine zunehmend unfreundliche, sagen wir ruhig deutschfeindliche Stimmung ausdrücken. Sie ist - und das ist das besonders Bedenklich daran - nicht mehr so sehr die Folge der französischen Kriegs-, als der Nachkriegserfahrung. Es hat keinen Sinn, diese begauerliche Entwicklung mit leichter Hand abzutun. Der deutsche Blick über die Grenze hat sich, so will es manchmal scheinen, im Westen zu ausschließlich auf die angelsächsischen Staaten gerichtet. Frankreich ist aber nach wie vor, zumal für Deutschland, eine Grossmacht ersten Ranges, es ist der große westliche Nachbar auf dem Kontinent, es nimmt zwischen den beiden Gruppen der Alliierten in vielen Fragen eine Mittlerstelle ein und sein internationaler Einfluß ist schon aus diesem Grunde sehr bedeutend.

Wo setzt die französische Kritik vor allem an? Die Franzosen sind davon überzeugt, daß der Wiederaufbau ihres Landes der unbedingten Vorrang vor dem deutschen Wiederaufbau verdient und sie sind der Meinung, daß die englische wie die amerikanische Politik diese Tatsache vernachlässigt. Weder Amerikaner noch Engländer hätten die Deutschen im Lande gehabt, und so urteilten sie unter falschem Gesichtswinkel. Wenn die Steuerzahler der beiden angelsächsischen Länder Deutschland zur Zeit gewissermassen "Reparationen" zahlen müssen, so zeige das, daß diese Staaten ihre Zonen zu "rücksichtsvoll" verwalten. Die französische Zone erfordere keine Zuschüsse und komme trotz ihrer verhältnismässigen Armut aus. Man ist vor allem unwillig darüber, daß die deutschen Kohlenlieferungen an Frankreich immer geringer werden und die Kommunisten haben die Erhöhung

dieser Lieferungen sogar zur Vorbedingung für den Abschluss des Vertrages mit England gemacht. Man behauptet, dass der Kampf gegen die Reste des Nationalsozialismus nicht genügend scharf geführt werde und spricht von einem neu erwachenden deutschen Nationalismus. Als einen Hauptträger nennt man sogar den Führer der deutschen Sozialdemokraten Dr. Schumacher. Die Feststellung des Komitees Vansittart-Herriot haben grosses Aufsehen erregt.

Es hat keinen Zweck, auf Vorwürfe dieser Art, so unberechtigt und kurzfristig sie hier erscheinen mögen, mit gereizter Empörung zu antworten. Es ist notwendig, Geduld zu üben und jede eigene Gegenäusserung unter besonders sorgfältiger Kontrolle zu halten. Je schärfer und vielleicht unsachlicher die Attacke ist, je ruhiger sollte die Antwort sein. In Deutschland darf man nicht vergessen, daß man das französische Sicherheitsbedürfnis schon einmal als krankhaft verspottet hat und daß die spätere Entwicklung dem französischen Misstrauen recht gegeben hat, wobei es eine andere Frage ist, wie weit diese Politik des ewigen Misstrauens damals nicht gerade die Kräfte geschwächt hat, die das Misstrauen am wenigsten verdienten und die anderen gestärkt hat, bei denen es angebracht war.

Die deutsche Aufgabe kann es für alsbaldige Zeit nur sein, im Verkehr auch mit Frankreich immer wieder darauf hinzuweisen, daß nur ein gesundes arbeitsfähiges Deutschland auch für Frankreich Leistungen aufbringen kann, daß Augenblicksvorteile der gewünschten Art für die französische Wirtschaft sich sehr bald als Danaergeschenke erweisen würden, weil eine spätere und auf die Dauer wirksame Lieferhilfe dadurch nur erschwert oder gar verhindert wird, daß es in Deutschland keine Partei gibt, die auch nur annähernd in dem Masse wie es bei der SPD der Fall ist, gegen jeden Nationalismus eingestellt ist, dass aber die massvolle, wenn auch energische Vertretung deutscher Ansichten und Wünsche durch Männer, die sich keiner vergangenen Schuld bewußt zu sein brauchen, niemals als Nationalismus gelten kann.

Es läßt sich schwer denken, bis zu welchem weiteren Grade das französische Vergeltungsbedürfnis den ehemaligen deutschen Gegner gemühtigt sehen will. Dem vernünftigen Franzosen aber kann nichts daran liegen, daß als Folge davon nur neuer Haß entsteht. Es würde uns nicht wundern, wenn man in weiten Kreisen Frankreichs - die französischen Sozialisten nehmen hier eine erfreuliche Ausnahmestellung ein - schon eine solche Feststellung wieder als "Drohung" auffassen würde. Sie ist es keineswegs. Es spricht aus ihr nur die Furcht vor einer anhaltenden und fortschreitenden Entfremdung, die weder Frankreich, noch Deutschland nützen könnte, vielmehr ihnen beiden und ganz Europa schaden müsste.

Solche Töne, so wird man darauf vielleicht erwidern, haben wir schon vor einem Vierteljahrhundert genommen. Das ist richtig. Wenn aber die, die sich damals in Deutschland aus ehrlicher Gesinnung so vernahmen liessen, schliesslich kapitulieren mussten, obwohl sie, wie das heutige Bild Europas zeigt, recht behielten, so lag das, neben anderen und wichtigeren Gründen, auch an der ablehnenden Verständnislosigkeit, auf die sie in weiten und massgebenden Kreisen des Auslandes stiessen. Dort sollte man sich hüten, heute den gleichen Fehler zu begangen. (m/1/182/1/ne)

Schweden - politisch stark bewegt

von Ernst Paul, Stockholm.

Wer in den Kriegsjahren die politischen Verhältnisse in Schweden beobachten konnte, dem mussten sie als die reinste Idylle erscheinen. Eine Koalitionsregierung steuerte die Geschicke des Landes und in Presse- wie Versammlungsdiskussionen kamen kaum merkbare Gegensätze zum Ausdruck. Niemals kam es zu persönlichen Angriffen auf politische Gegner. Ein energisch durchgeführter Preis- und Lohnstop vermied soziale Auseinandersetzungen grösseren Umfangs. Über allem aber walte der gute Geist Per Albin Hanssons, der dem Mann auf der Strasse als ein wahrer Landesvater erschien und dem ein schier unbegrenztes Vertrauen entgegengebracht wurde. Seit einiemale Jahren hat sich die Lage allmählich, aber ständig, grundlegend verändert. Die schwedische Sozialdemokratie kündigte im Sommer 1945 die Sammlungsregierung. Seitdem besteht ein rein sozialdemokratisches Kabinett. Die bürgerlichen Parteien - Konservative und Liberale, die mit durchschnittlich 15% der Wählerstimmen fast gleich stark waren - gingen gleichzeitig in die Opposition.

Ihr Ziel ist klar; sie wollen den Vormarsch der Sozialdemokratie aufhalten, um damit gleichzeitig den beispielgebenden Vormarsch Schwedens zu einer demokratisch-sozialistischen Entwicklung zu beenden. Das Privateigentum fühlt sich durch die Planwirtschaftstendenzen der Arbeiterregierung in seinen heiligsten Positionen bedroht. Man finanzierte eine großzügige Kampagne für die "Freiheit der Wirtschaft", d. h. die Freiheit der Ausbeutung und der kapitalistischen Profitgier. Man richtete scharfe Angriffe gegen die Steuerpolitik der Sozialdemokratie, die den Minderbemittelten die Lasten verringert, den Schwerverdienern jedoch den grössten Teil des Einkommens konfisziert. Für die Steuerpolitik ist Finanzminister Ernst Wigfors verantwortlich. Gegen ihn richtet sich vor allem der Kampf des Bürgertums und es gereicht seinen politischen Gegnern wenig zur Ehre, dass man ihn mit niedrigem persönlichen Mitteln führt. Man hört jetzt in Schweden Töne, die bisher im Lande völlig unbekannt waren und die den politischen Kampf auf ein befreundlich tiefes Niveau herabdrücken. Erfolg hatte man bis jetzt nicht.

Auch im gewerkschaftlichen Kampfe ist von der idyllischen Zeit nicht mehr viel zu spüren. Die Stellung der Gewerkschaften ist stark. Der schwedische Gewerkschaftsbund zählt über 1,1 Millionen Mitglieder und schon deshalb ist es für die Unternehmer nicht ohne Risiko, einen Lohnkampf auf die Spitze zu treiben. Ausserdem befindet sich die Wirtschaft des Landes in einer vorher nie gekannten Konjunkturperiode mit einer totalen Vollbeschäftigung. Nach einer Erklärung des Chefs der Arbeitsmarktkommission fehlen 50.000 Arbeitskräfte. Fünf Prozent aller Beschäftigten wechseln im Monat ihren Arbeitsplatz, um sich günstigere Positionen zu sichern. Unter diesen Umständen sind die Unternehmer geneigter, den Lohnforderungen der Arbeiter Rechnung zu tragen, hofft man doch, sich so einen stabileren Arbeiteratam zu sichern. Es ist daher nicht nur einer besseren Einsicht zu danken, wenn der Direktor der Arbeitgebervereinigung in seiner Neujahrsbotschaft erklärte, dass man die Lohnforderungen der Gewerkschaften wohlwollend behandeln werde... Die Gewerkschaften werden die günstige Situation zu nützen wissen, ohne es deswegen zu grossen Konflikten kommen zu lassen. Man

erinnert sich auch daran, dass der Metallarbeiterstreik des Jahres 1945 keine grossen Veränderungen im Lohnstandard brachte, wohl aber kostete er die Gewerkschaften runde 40 Millionen Kronen.

Die politischen Gegensätze sind stärker zugespitzt. Die reaktionären Parteien haben die Hoffnung noch nicht aufgegeben, die Sozialdemokratie so zu schwächen, dass sie nach den Wahlen des Jahres 1948 nicht mehr allein regieren kann. Die schwedische Sozialdemokratie befindet sich seit fünf Jahren in einer rückläufigen Bewegung. Immerhin kann sie sich im Parlament bis zu den Neuwahlen im September 1948 auf eine sichere Mehrheit stützen. Ihre Stimmenzahl ist von 53,8 Prozent des Jahres 1940 auf 44,8 Prozent im Jahre 1946 herabgesunken. Aber Tage Erlander, der nach dem plötzlichen Tode Per Albin Hanssons Ministerpräsident und Parteiführer wurde, hat keine leichte Aufgabe auf sich genommen. Redliches Bekämen und grosses Können kann ihm jedoch nicht abgesprochen werden. Das Jahr 1947 wird auch innerparteilich noch manches Problem zu lösen haben; denn es wird erwartet, dass einige Männer aus der ersten Garnitur der älteren Generation um Ablösung ersuchen werden.

Vorläufig sind die Nutzniesser des bürgerlich-reaktionären Sturmlaufes der Bauernbund und die Kommunisten, die immer in Zeiten, da Lebensmittel in der Welt knapp sind, geht es den Bauern gut. Davon profitiert ihre politische Partei, die seit 1940 knapp 2% an Wählern gewonnen hat. Auffälliger ist der Anstieg der kommunistischen Stimmen, von 4,2% im Jahre 1940 auf 11,3% im Jahre 1946. Vielleicht hat hier das enger gewordene Verhältnis Schwedens zur Sowjetunion mitgesprochen, hervorgerufen durch den Abschluss des Wirtschaftsabkommens und den für schwedische Verhältnisse geradezu ungeheuerlichen Warenkredit von einer Milliarde Kronen. Die Ursachen für diese Entwicklung sind aber doch, von den Einzelheiten abgesehen, vor allem wohl in der altbewährten Tatsache zu erblicken, dass diejenige Partei, die in der Mitte steht und ausserdem die Verantwortung trägt, auf lange Sicht mit einem Stimmenrückgang zu rechnen hat. Auch in einem sehr wohlhabenden und gut geführten Lande bringen bei weitem nicht alle Menschen die Konsequenz der Dankbarkeit gegenüber der Regierung auf. Irgendwo findet jede Kritik ihren Ansatzpunkt. (b/A17/311/1/ha)

Jungsozialisten und Jugendinternationale

Matteo Matteotti, der Sohn des von dem italienischen Faschisten ermordeten Abgeordneten Matteotti, äusserte sich in einem Bericht über den vor kurzem stattgefundenen Kongress der sozialistischen Jugend in Paris auch über die Frage der Wiederaufnahme der deutschen sozialistischen Jugend in die Jugendinternationale. Zunächst stellte er fest, dass der Druck der Parteien auf die Jugend äusserst stark erscheint, vor allem auf die skandinavischen und slawischen Gruppen. Diesen Gruppen liegt mehr daran, ihr nationales Prestige zu retten als den Gedanken der internationalen Solidarität zu pflegen. Obschon die skandinavischen Delegationen sehr zur englischen Arbeiterpartei neigen, können sie doch den sowjetischen Einfluss nicht verlobnen und sie stimmen in allen Fragen mit den slawischen Delegationen gegen die westlichen Sozialisten. Diese Allianz zwischen den nordischen Sozialisten und den östlichen hatte als schwerste Konsequenz den Ausschluss der deutschen Delegation zur Folge, obwohl diese deutsche Delegation nur aus bekannten Antinazis bestand.

Die Minorität des Kongresses protestierte mit Energie gegen diesen Ausschuss und bewies in dieser Hinsicht einen wahren internationalen Geist der Versöhnung und Verständigung. Vor allen Dingen muss man anerkennen, dass die Vertreter der Pariser Jugend sich besonders gegen diesen Ausschuss wandten. Der Kongress stellte fest, dass das Heil weder in Moskau noch in London liegen kann, sondern nur in der revolutionären Aktion der europäischen Arbeitervklassen, die sich um eine kräftige und von jeder Regierung unabhängige internationale organisieren muss. Die Sozialisten, ob jung oder alt, müssen in allen Ländern Europas den Kampf aufnehmen, um eine neue Internationale zu schaffen. (b/B44/122/1/he)

Der Glaube an Grundsätze

"Über das Fehlen des Glaubens an Grundsätze ist ein Übel des Jahrhunderts, vor dem wir die Staatsmänner vergebens warnen... Im privaten Leben ist es beständig notwendig, den Versuchungen des Augenblicks zu widerstehen und lediglich im Gehorsam zu abstrakten Grundsätzen sich zu weigern, der sich aufdrängenden Versuchung augenblicklicher Zweckmäßigkeit nachzugeben. Die Grundsätze der politischen Wissenschaft beruhen auf der gleichen Basis", so schrieb die bekannte englische wirtschaftspolitische Wochenschrift "The Economist" in ihrer Ausgabe am 2. Januar 1847.

Dieser Kampf des "Economist" vor 100 Jahren setzt sich auch heute noch fort, und immer noch mit der gleichen Berechtigung. Und die Zahl der Vorkämpfer für diese Idee, die den wahren Kern der Demokratie ausmacht, ist auch heute in England noch gross. Ihr Kampf aber ist nicht leichter geworden. -ba
(b/13/142/1/he)

Interessante Ansichten

Das "Sozialpsychologische Institut" in Baden-Baden hat vor einiger Zeit eine Rundfrage, ausgehend von der Tatsache der vorangegangenen Wahlen, veranstaltet, die zu recht bemerkenswerten Ergebnissen kam. Zur Frage, zugunsten welcher Partei ein ausserer Einfluss (Kirche oder Besatzungsmächte) von Bedeutung gewesen ist, antworteten 23% CDU und 4% KPD, die restlichen nannten keine Partei. Das bedeutet also, dass nach Ansicht der Befragten zugunsten der SPD kein Einfluss von aussen stattgefunden hat. Eine weitere Frage lautet: Welcher Partei haben sich diejenigen Personen, die Sie als Gegner der Demokratie kennen, nach Ihrer Meinung angeschlossen? Antworten: CDU 24%, KPD 15%, SPD 2%, unabhängig 2%, geteilte Ansichten 56%. Schliesslich: Für welche Parteien haben nach Ihrer Meinung noch existierende Nazis gestimmt, oder haben sie sich enthalten? CDU 21%, Stimmenthaltung 16%, KPD 5%, SPD 2%, unabhängig 2%, verschiedene Antworten 18%, ohne Antwort 17%. (b/B46/162/1/he)

Personalchef bei Agartz

Der bisherige Ministerialrat Grinpe (SPD), der aus dem hessischen Befreiungsministerium beurlaubt worden war, weil er ungenügend in Fragen der Entnazifizierung zu scharf vorgegangen sei, ist jetzt, wie der Sozialdemokratische Pressedienst erfährt, von Dr. Agartz, dem neuen Leiter des Zweinonenwirtschaftsamt, als Personalchef eingestellt worden. (m/BI/182/1/he)

Arbeitsgemeinschaft SED-KPD

Der Beschluss des Parteivorstandes der SED und der Vertreter der KPD in den westlichen Zonen, eine Arbeitsgemeinschaft zu bilden, erinnert an die Gründung einer anderen Arbeitsgemeinschaft, die kürzlich in Westdeutschland erfolgte und die verschiedene Unterabteilungen der CDU betraf. In beiden Fällen ging es um die Demonstration einer politischen Einheit, nur mit dem Unterschied, dass im Falle der bürgerlichen Fusion diese Willensbekundung im Hinblick auf die künftigen praktischen Wirkungen nicht nur aussserhalb der Reihen von CDU und CSU auf erhebliche Skepsis stösst, während an der Einheit zwischen SED und KPD niemand ernste Zweifel hegte, schon ehe die Arbeitsgemeinschaft gegründet war. Denn was vor allem von Seiten der SPD immer wieder betont und von der SED gleich nachdrücklich bestritten wurde, war ja, dass die SED nichts anderes ist als eine umgetaufte KP.

Das wird nun in aller Form bestätigt. Es wird weiter bestätigt, was anlässlich der zahlreichen personellen Veränderungen auf leitenden Funktionsposten der KPD in den Westzonen von sozialdemokratischer Seite behauptet und von der KPD bestritten wurde, dass nämlich für diese Massnahmen Gründe von weittragender und grundsätzlicher politischer Bedeutung massgebend gewesen sind.

Bemerkenswert ist auch der Hinweis auf die bevorstehende Moskauer Konferenz, also ein aussserpolitisches Motiv, für die Bildung der Arbeitsgemeinschaft. Die SED will sich auf diese Weise offenbar eine grössere Resonanz ihrer Ansichten und Forderungen auch nach aussen hin schaffen, sie will sich erhöhtes Gewicht geben, eine Notwendigkeit, die ihr wohl umso dringender erschien, als die Entwicklung in der Ostzone und speziell in Berlin ihrem ansehen nicht besonders dienlich gewesen ist, in den letzten Monaten auch nicht in dem Ausmass der russischen Militärverwaltung.

So wird ein neuer Anlauf genommen, die im Sinken begriffene Anziehungskraft der Partei zu stärken. Daß es wieder, wie seinerzeit vor einem Jahr bei der Verschmelzung von KPD und SPD durch eine Sammlungsprobe geschieht, ist für den Erfolg der ganzen Aktion nicht unbedingt ein gutes Omen. Die SED hat noch einmal eine Gelegenheit bekommen, sich zu bewähren, sich durchzusetzen, diesmal auf einem neuen Feld. Daß damit automatisch alle Kombinationen um eine Zulassung der SPD in der Ostzone entfallen, ist eine natürliche Folge dieser Tatsache. (m/1/182/1/he)

Das russische Spiel

Eine englische Stimme verlangt Klarheit

Zu der letzten Deutschland-Debatte im englischen Unterhaus nimmt der liberale "Manchester Guardian" in einer kritischen Nachbetrachtung Stellung. Wir entnehmen ihr folgenden Auszug:

"Die Debatte hätte eigentlich nicht vorübergehen sollen, ohne daß die Regierung eine einigermaßen genau formulierte Erklärung über ihre Haltung zur Demontage deutscher Werke, zur Festsetzung der Industriekapazität, zur industriellen Sozialisierung, zur Bodenreform, zur Rückkehr von Kriegsgefangenen und zur Übertragung der Verantwortung auf deutsche Behörden abgab. Das hätte nicht nur im Interesse unseres Ansehens gelegen, sondern hätte uns auch vor den erpresserischen Taktiken der Russen geschützt, die jetzt politische Anstrengungen zur Unterstützung Deutschlands machen und ein Neuaufleben des deutschen Nationalismus begünstigen.

Es ist recht interessant, dass diese jüngste russische Kampagne in Deutschland zeitlich mit den Freundschaftsbeteuerungen Stalins und den Präliminarien zur Moskauer Konferenz zusammenfällt. "Die westlichen Alliierten befürchten den Deutschen anzuschwärzen, ist vielleicht" - so meint das grosse englische Blatt ironisch - "nach der Auffassung der Russen das beste Mittel zum Erhalt der alliierten Einigkeit. Aber das wahre Motiv ist in anderen Gründen zu suchen. Die Russen stehen auf dem Standpunkt, dass sich die englischen und amerikanischen Kapitalisten in Deutschland festsetzen und dass wir die Industrie absichtlich knebeln, um ihnen die Arbeit zu erleichtern. Das ist lächerlicher Unsinn. Die deutsche Industrie wäre sicherlich schon weit mehr in Schwung, wenn der wirtschaftliche Kontakt mit dem Westen schon vor langer Zeit aufgenommen worden wäre. Aber die Anschuldigung dient nur dazu, all das zu verschleiern, was die Russen in ihrer Zone tun, wo sie jetzt, nachdem sie zahlreiche Fabrikanlagen abmontiert und nach Russland verfrachtet haben, eingesehen haben, dass es besser ist, die Fabriken in Deutschland zu belassen und durch russische Gesellschaften leiten zu lassen. Um die westlichen Kartelle wird viel Lärm gemacht, um ein weitverzweigtes System russischer Staatstruists zu tarnen, die Deutschland in erster Linie zugunsten Russlands ausbeuten.

Die russisch besetzte Zone Deutschlands ist wirtschaftlich ein anhängsel der Sowjetunion geworden. Die Angriffe gegen den Westen entspringen aber auch der Angst, dass die Fusion der englischen und amerikanischen Zone die Westzonen genügend stark machen könnte, um sich der Ausdehnung ähnlicher Methoden innerhalb eines geeinten Deutschland erfolgreich widersetzen zu können. Das gleiche Motiv liegt auch den politischen Manövern zugrunde, die die Russen vorbereiten, um ihre kommunistischen Agenten in die anderen Parteien hineinzulotsen, weil sie hoffen, dass sie Deutschland beherrschen können, wenn einmal eine zentrale deutsche Regierung gebildet werden sollte. Die Russen spielen ein kompliziertes und gefährliches Spiel, aus diesem Grunde ist es wichtig, dass über die britische Politik keine Unklarheit herrschen sollte. Aber der richtige Platz, sie klarzulegen, ist das Unterhaus, nicht Berlin." (u/B10/172/1/he)

Blum und die Ruhrkohle

Im Vordergrund der Diskussion in der französischen Linkspressen steht neben der katastrophalen Ernährungslage und den Forderungen der Gewerkschaften die Entscheidung des Politbüros der K.P.F. in Sachen des französisch-englischen Bündnisses. Der "Populaire" vom 13. Februar bringt einen langen Artikel von Léon Blum "Die Ruhrkohle". Léon Blum bemerkt, dass die kommunistische Partei im Augenblick nicht die politische Lösung der Ruhr und des Rheinlandes verlange. Das, was sie aber mit allem Nachdruck verlange, sie die Versicherung Englands über die Erhöhung der Ruhrkohlelieferung und die strengste internationalisierte Kontrolle des Ruhrbeckens. Léon Blum ist der Ansicht, dass die Ruhrkohle selbstverständlich für den französischen Wiederaufbau eine entscheidende Rolle spiele. Er fügt hinzu: "Man hat den Franzosen niemals deutlich genug klar gemacht, dass der grösste Teil der an der Ruhr gewonnenen Kohle zunächst dazu bestimmt ist, das zerstörte Kohlenrevier wieder in Gang zu bringen, d.h. dass es sich um eine Massnahme handelt, die im wohlverstandenen Interesse aller Westmächte liegt, wenn man anders vorgehen würde, würde man riskieren, das Fuhn, das die goldenen Eier legt, zu töten." Im übrigen habe England erklärt, dass in kürzester Zeit die Lieferungen an Frankreich erhöht würden, Blum weist besonders darauf hin, dass die Briten Frankreich kein Versprechen gegeben haben, das sie später nicht halten könnten. (u/B 44/182/1/he)

Verantwortlich: i. V. Peter Raunau, Hannover